

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Kirchenasyl missbilligen und Ausländerrecht Geltung verschaffen

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag missbilligt, dass die Nordkirche in Mecklenburg-Vorpommern rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern ein sogenanntes „Kirchenasyl“ gewährt. Zudem fordert der Landtag die Landesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber trotz des „Kirchenasyls“ und auch gegen den Widerstand der Nordkirche abgeschoben werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Nachweislich gewährt die Wolgaster St.-Petri-Gemeinde einem rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber aus Mali „Kirchenasyl“ und verhindert so dessen rechtlich gebotene Überstellung in die Niederlande. Insgesamt geschieht dies in 53 Fällen im Gebiet der Nordkirche. Die Nordkirche hat ausdrücklich erklärt, an dieser Praxis festhalten zu wollen und weigert sich, nähere Angaben zu den für das „Kirchenasyl“ benutzten Räumlichkeiten sowie den dort untergebrachten Personen und ihrem ausländerrechtlichen Status zu machen. Im Interesse der Rechtsstaatlichkeit ist diesen Zuständen entgegenzutreten.